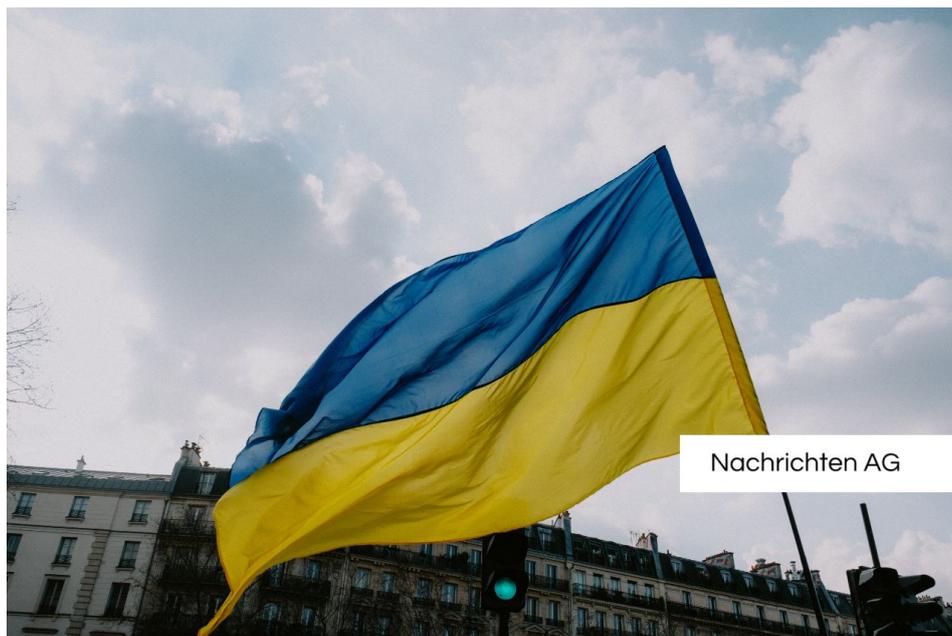


CDU kämpft gegen Fake-News: Falsche Merz-Webseite im Visier!

CDU wehrt sich gegen Falschinformations-Webseite über Friedrich Merz. Fake News sollen Koalition diskreditieren.



Deutschland - Am 9. Mai 2025 hat die CDU nach dem Auftauchen einer Fake-Webseite, die unter der Domain „friedrich-merz-cdu.de“ betrieben wird, umgehend reagiert. Die Webseite verbreitet Falschinformationen, die gezielt darauf abzielen, Bundeskanzler Friedrich Merz und die Regierungskoalition zu diskreditieren. Laut **bnn.de** enthalten die dort veröffentlichten Inhalte falsche Behauptungen über geplante Änderungen im Sozialleistungssystem.

Zu den irreführenden Informationen gehören unter anderem die Behauptung, dass die Geldleistungen für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ab dem 1. Mai 2025 auf 2.161 Euro pro Monat erhöht werden sollen. Außerdem wird die Planung von 300.000

Sozialwohnungen für ausländische Fachkräfte und Asylbewerber sowie die Anbringung von Hinweisschildern auch auf Arabisch in die Welt gesetzt. Alle diese Aussagen sind jedoch nicht im Koalitionsvertrag zu finden.

CDU wehrt sich und plant rechtliche Schritte

Die CDU-Sprecherin Isabelle Fischer betonte, dass die Webseite und deren Inhalte erfunden sind und in keiner Weise mit der Partei oder Friedrich Merz in Verbindung stehen. Um gegen diese Falschinformationen vorzugehen, plant die CDU Strafanzeige zu stellen und steht bereits in Kontakt mit den zuständigen Behörden. Die offizielle Webseite von Friedrich Merz lautet „www.friedrich-merz.de“, während die offizielle CDU-Seite „merz.cdu.de“ zur Partei-Homepage weiterleitet.

Die Verbreitung von Fake News und Desinformation ist ein wachsendes Problem. Laut **bpb.de** haben Falschmeldungen, die oftmals in sozialen Medien verbreitet werden, besorgniserregende Ausmaße angenommen. Insbesondere die unsichere Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen von Falschinformationen und das sinkende Vertrauen in politische und mediale Institutionen fördern die Akzeptanz von Fake News.

Der Kontext von Fake News

Die Debatte um Fake News wurde maßgeblich durch Ereignisse wie die Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 und das Brexit-Referendum angestoßen. Unzuverlässige Informationen wurden durch böswillige Akteure in sozialen Medien verbreitet, was das öffentliche Vertrauen in Medien weiter untergräbt. Studien zeigen, dass intensive Verbreiter von Fake News häufig über hohe Medienkompetenz verfügen, dennoch tendieren sie dazu, unseriöse Quellen gezielt zu nutzen.

Die EU hat bereits Initiativen wie „EU vs. Disinfo“ und das

European Digital Media Observatory ins Leben gerufen, um dem Problem von Desinformation entgegenzuwirken. Ansätze zur Bekämpfung umfassen unter anderem Faktenchecks, Sensibilisierung durch Serious Games und die Förderung von Medienkompetenz, was als elementar angesehen wird, um die Herausforderungen des modernen Medienkonsums zu bewältigen.

Details	
Vorfall	Falschinformationen
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• bnn.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de